Zweites Blatt

Nebraer Anzeiger

№ 102 Donnerstag, den 28. August 1930 43. Jahrgang

Das Gesetz über die Reichsreform.

Der Entwurf der Länderkonferenz.

Berlin, 27. August.

Den Ministerien liegt jetzt aus Kreisen der Länderkonferenz ein fertig ausgearbeiteter Entwurf eines Gesetzes über die Reichsreform vor. Der Text entspricht — wie es in einer Vorbemerkung heißt, „um der verschiedenen Betrachtungsweise nicht vorzugreifen" — inhaltlich den Beschlüssen des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz, füllt aber deren Lücken, insbesondere über die Umgliederung aus und gibt in Fußnoten Hinweise auf weitere Verbesserungen.

Das Gesetz gliedert sich in zwei Teile, nämlich die dauernden Aenderungen der Reichsverfassung, und einmalige Ueberleitungsvorschriften.

Die dauernden Aenderungen sind gering an Zahl. Besonders bemerkenswert und für die weitere Auseinandersetzung vorteilhaft ist es, daß darin kein Name eines Landes genannt wird, genau, wie auch die heutige Verfassung die Länder nicht aufzählt. Die wichtigste Aenderung ist der neu eingefügte Artikel 19a der Weimarer Verfassung, der besagt, daß die Vorschriften über die bisherige Zuständigkeitsverteilung zwischen Reich und Ländern nicht gelten für „Länder vereinfachter Verwaltungsform". Diese Länder, für die auch der Name „Länder verstärkter Gemeinschaft" zur Wahl gestellt wird, haben Gesetzgebungsrecht nur, soweit es ihnen vom Reich übertragen wird. Ihre Verfassung wird durch Reichsgesetz bestimmt, ebenso ihre Grenzen untereinander. Doch tritt die Bestimmung wegen der Grenzen erst nach zwei Jahren in Kraft, um so lange Zeit zu freier Verständigung zu lassen.

Die Justiz steht dem Reiche zu, ferner nach einem Artikel 101a der Verfassung in höchster Instanz Polizei, Gewerbeaufsicht, Gewerbeaufsicht, Kirchen- und innere Schulangelegenheiten. Die Verfassung stellt es allen Ländern frei zur vereinfachten Verwaltungsform überzugehen.

Im zweiten Teil, der nicht in den Verfassungstext selbst übertragen, wird ausgesprochen, daß die bisherigen preußischen Provinzen und die Länder Thüringen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwer, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe vorbehaltlich der territorialen Neugliederung sofort solche Länder vereinfachter Verwaltung werden.

Die Reichsregierung übernimmt unter entsprechender Erweiterung zugleich die preußischen Ministerien und die preußische Staatsverwaltung, während in den anderen vereinfachten Ländern die Landesminister sich in Landesdirektoren verwandeln. Weitere Ueberleitungsvorschriften und Vorschriften über Dezentralisation schließen sich an, darunter eine Vorschrift, daß der Landtag während einer Uebergangszeit für besondere Aufgaben bestehen bleibt. Die laufende Gesetzgebung wird, bis der Reichstag sie übernehmen kann, von der Reichsregierung mit dem durch Erweiterung des preußischen Landtages gebildeten Gemeinschaftlichen Landtag besorgt. Ueber

die neuen Grenzen zwischen den Ländern

vereinfachter Verwaltung heißt es: sie sind unter Beachtung des Artikels 18, Abs. 1 Satz 1 (kulturelle und wirtschaftliche Höchstleistung) in der Weise neu zu ziehen, daß sie unter Vermeidung von Gebietseinschlüssen abgerundete Gebiete einschließen, die für die Mittelinstanzen der Reichsverwaltung und für die höchste Instanz der Landesverwaltung einen zweckmäßigen Zuständigkeitsbereich bilden".

*

Die Gesetzesfassung bringt die gesunde Grundlage der Beschlüsse der Länderkonferenz überraschend ans Licht. Wenn auch die süddeutschen Länder nur in Einzelheiten berührt werden — z. B. Ausdehnung der Reichszuständigkeit auf den Verwaltungsaufbau der Länder, Bestellung der Landesregierungen auf bestimmte Zeit — so erhalten diese Länder doch andererseits auch einen überverfassungsmäßigen Schutz für die Zukunft. Man hat den Eindruck, daß der Text eine geeignete Grundlage für das künftige Gesetz bildet, einerlei, wie weit die einzelnen Parteien Zusätze wegen der süddeutschen Länder für erforderlich halten, worüber erst der Reichstag oder der Volksentscheid Entscheidung bringen wird. Das Gesetz bringt volle Klarheit, daß keine Zerschlagung Preußens bei dem Aufgehen im Reich stattfindet. Deutlich tritt die außerordentliche Ersparnis hervor, die auf Grund des Gesetzes sich ergeben muß.

Minderheitenkongreß 1930.

Der Kongreß der europäischen Nationalitäten, den man auch kurz „Minderheitenkongreß" zu nennen pflegt, ist allmählich im politischen Leben der Völkerbundstadt so etwas wie eine ständige Einrichtung geworden, die sich jeweils mit der Pünktlichkeit der Zugvögel drei Tage vor der Ratstagung im September einzustellen pflegt. Bewußt haben die Führer der europäischen Nationalitätenbewegung Genf zum Tagungsort gewählt, da der Völkerbund bisher die einzige Institution ist, von der man einen tatsächlichen Minderheitenschutz erwarten zu können hoffte, — die einzige Institution auch, welche mit der Wahrung der Minderheitenrechte beauftragt ist: Bisher hat sich zwar der Völkerbund dieser Aufgabe, von der Gustav Stresemann einmal sagte, daß sie zu den höchsten und bedeutsamsten Aufgaben des Völkerbundes gehöre und daß nicht wenige Staaten zum großen Teil um eben dieser Aufgabe willen Mitglieder des Genfer Bundes geworden seien, — in einer höchst ungenügenden Weise entledigt und die aus siebzehn Zeilen bestehende Aufzählung der eingelaufenen und behandelten Minderheitenpetitionen, die das Genfer Völkerbundssekretariat vor kurzem als einzige „fortschrittliche Neuerung" in der Minderheitenprozedur herausbrachte, spricht ja auch eine deutliche Sprache für den Geist, der die Minderheitenpolitik der Genfer Amtsstellen beherrscht.

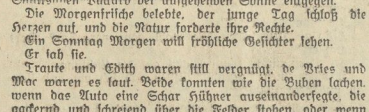
Gerade deshalb sind die jährlichen Kongresse der europäischen Minderheitenvertreter — denn die nach Genf kommenden Delegierten von 14 verschiedenen Nationalitäten darf man wohl als berufene Vertreter der Minderheiten bezeichnen — am Sitz des Völkerbundes von besonderer Bedeutung. In jedem Jahr haben sie ihr Wort zur Minderheitenpolitik des Völkerbundes zu sagen und in Resolutionen ihre notwendige Kritik an ihr auszuüben. Wird diese Kritik von den delegierten Vertretern der vom Völkerbund zu schützenden Minoritäten immer wieder geäußert, nicht endlich ihre Wirkung haben müssen? Auch seitdem die polnischen Minderheiten — zuerst die in Deutschland, später auch in Litauen, Lettland, der Tschechoslowakei und Rumänien — sich nicht mehr am Nationalitätenkongreß beteiligen, hat dieser an politischer Wirkungs- und Ueberzeugungskraft nichts eingebüßt.

Der 6. Nationalitätenkongreß, der sich am 3. September in der Salle Centrale zu Genf, jenem bescheidenen und nüchtern-sachlichen Saal der Genfer Altstadt versammelte, wird sich außer, wie gewöhnlich, zur Minderheitenpolitik des Völkerbundes zu zwei hochpolitischen Punkten zu äußern haben: zu den europäischen Einigungsbestrebungen, die es vom Standpunkt der nationalen Minderheiten aus zu werten gilt, sowie zur Frage der Organisation von „Volksgemeinschaften" der einzelnen europäischen Völker.

Im Briandschen Paneuropa-Memorandum, das die Grundlage der gegenwärtigen „diplomatisch" gefärbten Europa-Diskussion bildet, wird man das Wort „Minderheiten" vergeblich suchen. 35 Millionen Europäer, als Teile fremden Volkstums unter andersprechende Nationen verstreut und durch den Versailler Frieden des Anschlusses an ihre Stammkultur beraubt, werden von Briand bei seinem Versuch, ein neues Europa zusammenzuleimen, schlechthin übergangen. Sie existieren für ihn nicht. Und doch würde sich die Konstruktion einer europäischen Union, außerhalb des Völkerbundes und ohne Berücksichtigung der Minderheiten, bitter rächen. Denn gerade das ungelöste Minoritätenproblem vergiftet den Frieden Europas, und ein „neues Europa" ohne die Vereinigung dieser brennenden Frage wäre von vornherein eine Fehlschöpfung. Wer wirklich sich um den europäischen Frieden müht, müßte deshalb zunächst mit der Vereinigung des Minderheitenproblems beginnen. So wird auch der Nationalitätenkongreß gegenüber den von Briand angeregten neuen „europäischen" Exekutiven und Organen auf den schon bestehenden Völkerbund verweisen, der zwar noch längst nicht die Hoffnungen, welche 35 Millionen europäischer Minderheiten auf ihn gesetzt haben, erfüllt, — der aber, was wichtig ist, in der Lage wäre, diese Hoffnungen der Minderheiten zu erfüllen, was man von einer die Minoritätenfrage nicht berücksichtigenden europäischen Organisation durchaus nicht behaupten kann. Die europäischen Minderheiten werden anstatt einer neuen „europäischen Union" einen besseren Völkerbund verlangen, einen Völkerbund, der mit dem Minderheitenschutz ernst macht, und sie werden deshalb nach neuen Gedanken und Vorschlägen suchen, den Völkerbund und besonders die Behandlung der Minderheitenfrage innerhalb des Völkerbundes zu reformieren, zu reorganisieren . . .

Neben dieser wichtigen Hauptfrage des Kongresses, bei der man nur bedauert, daß der Termin ihrer Diskussion so unmittelbar vor der Völkerbundsversammlung vielleicht ein wenig spät angesetzt ist und die Aussprache kurz nach dem Bekanntwerden des Briandschen Memorandums wirkungsvoller gewesen wäre, — beansprucht auch das Problem der Organisation von Volksgemeinschaften bei den einzelnen europäischen Völkern einige Beachtung: Dabei soll über die Bestrebungen bei den verschiedensten Völkern: Polen, Ungarn, Deutschen, Zugoslaven, Italienern, Tschechen gesprochen werden, die für jedes Volk eine „Organisationsform" nach kulturellen Gesichtspunkten über die Staatsgrenzen hinweg — also für die Gesamtheit des betreffenden

---



(15. Fortsetzung.)

Anders war es am Morgen des Sonntags.

Da rotterten vier ausgeschlafene Menschen im eleganten Sportstatten Packard der aufgehenden Sonne entgegen.

Die Morgenfrische belebte, der junge Tag schloß die Herzen auf, und die Natur forderte ihre Rechte.

Ein Sonntag Morgen will fröhliche Gesichter sehen.

Er sah sie.

Traute und Edith waren still vergnügt, de Vries und Mac waren es laut. Beide konnten wie die Buben lachen, wenn das Auto eine Schar Hühner auseinanderfegte, die gackernd und schreiend über die Felder stoben, oder wenn das Motorknattern einen Kranich aus morgentlichem Denken schreckte, der sich dann mit komischem Knielnicken von der Erde abhieß, um mit steif nach hinten gestreckten Beinen davonzusegeln.

„Und diese Biester bringen hierzulande die Kinder," scherzte de Vries und Mac antwortete ihm: „Aber nur die malayischen, mein Junge. Das vergessen Sie mal nicht."

Die Straße stieg an und ließ die terrassenförmig angelegten Reisfelder — Sawahs sagt der Javaner — hinter sich. Sie führte in den Bereich der Kokospflantagen und verlor sich weiter im Süden in dichtem Wald.

Das Auto stoppte. Die Ausflügler setzten ihren Weg zu Fuß fort.

Langsam stieg der Pfad an, um mählich steiler zu werden.

Hier hatte die Natur ausgestreut, was ihrem ewig lebendigen Schoße entsproß: Bambus und Baumfarne, Teakholz- und Mahagonibäume, Kokos- und Fächerpalmen, Agaven- und Kapokbäume, alles wild durcheinander, verschwenderisch hingeworfen aus nimmererschöpfendem Ueberfluß.

Aus dem hundertfältigen Grün leuchteten rote Hebiskusblüten, die weißen, im Innern safranfarbenen Trichter großblättriger Kallas und gelbblühende Leguminosen.

Von den Bäumen hingen Moose in langen Bärten. Würgend umfingen ihre Stämme finger- und armdicke Lianen, die wie luftsuchend und hilfeheischend in die Höhe strebten.

Wie die Pompadours unserer Großmütter am Arm, baumelten die Nester der Weberögel von den Zweigen. Eichhörnchen tänzelten graziös durchs Geäst, und goldiggrün schimmernde Eidechsen — Tchik-tschaks nennt sie der Javaner — hielten Siesta in den wärmenden Strahlen der aufsteigenden Sonne.

Schmetterlinge, handtellergroß, umgaukelten die Blütenkelche. Zikaden zirpten, Moskitos sangen, Feuerhummeln summten, Vögel trillerten und Gibbons und Makaks kreischten unharmonisch in dieses Konzert.

Edith, Mac und de Vries plauderten und lachten. Traute ging schweigend. Ihre Sinne waren lebendig wie diese grandiose Natur. Ihre Seele war mit diesem Land, und ihre Gedanken vertieften sich in alles, was um sie war.

Auf einer Savanne — diesen großen in die Wildnis hineingestreuten Grasflächen — standen sie still. Ihnen gegenüber stiegen geordnet in Reihen, wie ein Karree Soldaten, die schlanken Stämme einer Gummipflanzung auf. An mehreren Stämmen waren die Gehäuse großer Muscheln befestigt, die in der Sonne wie Silberklumpen leuchteten. Ein Wegweiser wies nach Westen.

„Was bedeutet das?" fragte Traute.

„Meinen Sie diese Tritonshörner an den Bäumen?"

„Ja."

„Das ist ein Tabu, meine Liebe, ein Verbot und soll heißen, daß die Pflanzung nicht zu betreten ist."

„Warum sind wir dann jetzt im Begriffe, dieses Tuba zu überschreiten."

„Könige haben ihre eigenen Gesetze," antwortete Edith und wies mit weitausholender Geste in die Runde. „Mein Königreich!"

„Also könnten Sie sagen: Das alles will ich dir schenken, so du niederfällst und mich anbetest."

„Wenn ich wollte, verehrter Herr Hauptmann, gewiß! Ich will aber nicht und werde nicht wollen."

Das werden wir sehen, dachte Mac und schritt voran.

Vor dem Administrationsgebäude, das über der Pflanzung lag, kam den Ausflüglern der Administrator Ediths entgegen.

Er hieß Kereh Mahil und war ein Mischling. Seine Landsleute überragte er um Haupteslänge, war hübsch von Angesicht, weichlich und wenig beweglich.

Das Gegenteil von ihm war seine Frau, eine Javanerin und wie diese fast ausnahmslos klein, zierlich und voller Lieblichkeit.

Auf der untersten Stufe der Treppe, die zur Veranda führte, saß ein alter Mann. Das war Frau Mahlis Vater.

Er und seine Tochter gingen in „Landestracht", also mit entblößtem Oberkörper. Seine Füße waren nackt, die seiner Tochter zierten mit blitzenden Steinen und Metallblättchen besetzte Sandalen. An den Armen prangten Schlangenringe. Kereh Mahil trug einen weißen Leinenanzug.

Frau Edith wußte Distanz zu halten. Ohne besondere Einleitung kam sie zum Thema.

„Wie weit sind wir, Mahil?" fragte sie.

„Immer noch an derselben Stelle," antwortete der Indo.

„Das ist mehr als fatal. Woran liegt das?"

„Ich weiß nicht, Meroum. Es will nicht vorwärts gehen."

Auf Ediths Gesicht lag Unmut. Sie sah ihn mit zusammengekniffenen Augen an und dachte sich ihr Teil.

Sie wendete sich an die anderen. „Ich muß noch ein Stück weiter," sagte sie. „Das dürfte den Herrschaften zu viel werden. Wenn Sie sich hier häuslich niederlassen wollen, bitte!"

„Pardon, schöne Frau, was gibt es denn da oben wichtiges zu sehen?" fragte Mac.

„Zinn-Vorkommen. Ich lasse danach graben. Wie Sie hörten, will es nichts werden. Deshalb möchte ich mich selbst überzeugen."

„Darf man mit von der Partie sein?" fragte Mac.

„Wenn Sie mögen, gern."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300829-13/fragment/page=0001

Volkstums — schaffen wolle. Bisher ist auf diesem Wege Polen, das bekanntlich den fremden Minderheiten innerhalb seines Machtbereiches so wenig Verständnis entgegenbringt, vorangegangen, indem man vor zwei Jahren in Warschau einen Kulturtag geschaffen und einen entsprechenden „Kulturrat" gewählt hat. Solche Volksgemeinschaften, in der richtigen Weise gepflegt und geduldet, waren schon ein Anfang einer praktischen Lösung des Minderheitenproblems an wenigstens einem Punkt; sie wären auch ein Anfang für ein friedlicheres Europa: Man sieht in der Tat, daß alle Probleme dieses 6. Genfer Minderheitenkongresses in die Problemdreiheit von Minderheiten, Europa- und Völkerbundsidee einmünden.

Essener Lohnverhandlungen gescheitert.

Essen, 27. August.

Die Lohnverhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeitergewerkschaften am Montag wurden nach einer längeren Aussprache ergebnislos abgebrochen. Auch die anschließenden Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz von Professor Brahn führten zu keiner Verständigung, so daß man die Vertagung auf den 4. September beschloß.

Zu den Verhandlungen wird von gewerkschaftlicher Seite folgendes mitgeteilt: Die Unternehmervertreter begründeten die Kündigung des Tarifs mit dem Hinweis auf die allgemeine wirtschaftliche Krise und die Notwendigkeit eines allgemeinen Preisabbaues, der nur in Verbindung mit der Herabsetzung der Produktionskosten erfolgen könne. Deshalb verlangten sie einen 10prozentigen Lohnabbau, zumal der Kohlenabsatz in den letzten Monaten erheblich zurückgegangen sei und die Betriebe nur teilweise ausgenutzt würden, die Unterhaltungskosten aber gleich blieben. Demgegenüber betonten die Arbeitnehmervertreter, daß ein Abbau der Kohlenpreise zur Behebung der Wirtschaftskrise nicht mit einer Lohnherabsetzung für die Bergarbeiter verbunden zu werden brauche, denn gerade für die Ruhrkohle zeigen die Geschäftsabschlüsse des letzten Jahres sehr gute Ergebnisse. Andererseits seien die Bergarbeiter durch eine außerordentlich große Zahl von Feierschichten in eine große Notlage geraten. Da auch der abzuschließende Lohntarif eine längere Laufzeit aufweisen würde, sei trotz der augenblicklich gedrückten Konjunktur eine Forderung auf Lohnerhöhung von 50 Pfennig pro Mann und Schicht durchaus berechtigt.

Arbeitszeitschiedsspruch in Gruppe Nord-West.

Dortmund, 27. August.

In dem Arbeitszeitstreit in der Eisen- und Stahlindustrie der nordwestlichen Gruppe wurde unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen ein Schiedsspruch gefällt, in dem für etwa 2000 bis 3000 Arbeiter die Arbeitszeit zum Teil von 57, 54 und 52 Stunden auf 48 Stunden herabgesetzt wurde. Das Abkommen läuft ein Jahr. Die Arbeiter haben sich zu einem Lohnausgleich bereit erklärt. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 1. September.

Die thüringischen evangelischen Pfarrer dürfen sich nicht politisch betätigen

Weimar. Der Thüringische Landeskirchenrat hat angeordnet, daß sich die thüringischen evangelischen Geistlichen jeder parteipolitischen Tätigkeit zu enthalten haben. — Wie es heißt, wollen die Nationalsozialisten und auch die Sozialdemokraten gegen diese Anordnung beim Landeskirchenrat Einspruch erheben, da die besonders in Ostthüringen für die Nationalsozialisten tätigen Pfarrer und der sozialdemokratische Pfarrer Kleinschmied in Eisenberg nicht im Wahlkampf auftreten dürfen. Das Zentralorgan der thüringischen Sozialdemokraten, „Das Volk", ist der Meinung, daß die Anordnung des Landeskirchenrats offenkundig gegen die Reichsverfassung verstoße, nach deren Artikel 118 niemand ein Arbeits- und Anstellungsverhältnis daran hindern dürfe, seine Meinung in Wort und Schrift frei zu äußern.

Bevölkerungsbewegung in den Großstädten.

Das Reichsgesundheitsblatt veröffentlicht die Zahl der Bevölkerungsbewegung in den 47 deutschen Großstädten über 100 000 Einwohner für das zweite Vierteljahr 1930.

Danach ist die Bevölkerungszahl in den Großstädten weiter angewachsen. Sie betrug 19 459 000 gegen 18 334 000 im Jahre 1929 und 17 762 000 im Jahre 1928. Die Zahl der Eheschließungen betrug auf 1000 Einwohner 10,9; das bedeutet eine geringe Vermehrung gegenüber dem Jahre 1929, wo sie 10,7 betrug, erreichte jedoch noch nicht die Ziffer des Jahres 1928 mit 11,0. Dagegen zeigt die Zahl der Lebendgeborenen auf 1000 Einwohner einen weiteren Rückgang. Sie betrug 1930 15,0 gegen 15,4 im Jahre 1929. Die Zahl der Gestorbenen hat weiter abgenommen. Sie betrug 10,2 gegenüber 10,9 im Jahre 1929. Ebenfalls abgenommen hat auch die spezielle Sterblichkeit der Kinder unter einem Jahre, die 1,1 im Jahre 1930 gegenüber 1,2 in den Jahren 1929 und 1928 betrug. Unter den Todesursachen sind angeführt: Typhus mit 0,005, Diphtherie 0,1. Die Diphtherie läßt hier eine deutliche Zunahme in dem letzten Jahr erkennen. Die Todesziffer betrug 1928 0,07, 1929 0,08. Dagegen hat die Sterblichkeit an Grippe und Lungenentzündung abgenommen, die nur 0,03 gegenüber 0,05 im Jahre 1929 betrug. Etwas geringer ist auch die Zahl der Tuberkulose-Todesfälle, die 0,86 gegenüber 0,99 im Jahre 1929 betrug. Die Zahl der Krebstodesfälle betrug 1,31 gegenüber 1,42 im Jahre 1929 und 1,36 im Jahre 1928.

Die Hochzeit des Reichswehrministers Groener.

In Berlin fand die Hochzeit des Reichswehrministers Groener mit Frau Ruth verw. Glück, geb. Wacher statt.

Am 28. August sind es 1500 Jahre, daß der Kirchenvater Augustinus verstarb. Seine vielen Schriften werden noch heute nicht nur in der katholischen Kirche, sondern auch von den Protestanten gelesen, da sie eine Grundlage der christlichen Ethik für alle Zeiten bilden.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

Nach dem letzten Reichsbankausweis vom 15. August 1930 ist die gesamte Kapitalanlage der Bank um 148,8 Millionen RM. auf 1 596,4 Millionen RM. zurückgegangen. Der Umlauf an Reichsbanknoten verminderte sich um 169,2 Millionen RM. auf 4 229,1 Millionen RM. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 59,5% in der Vorwoche auf 61,9%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 66,8% auf 69,3%.

Die allgemeine Wirtschaftslage sieht nach wie vor im Zeichen des Konjunkturabstiegs. Im Ruhrgebiet ist die Kohlenförderung erneut zurückgegangen; sie beträgt im Monat Juli 1930 arbeitstäglich 320 282 to gegenüber 346 540 to im Vormonat! Auch die Ruhrkohlenförderung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat sich arbeitstäglich von 325 849 to im Juni auf 308 954 to im Juli gesenkt. Die Roheisen- und Rohstahlgewinnung ist gleichfalls weiter rückläufig. Gegenüber dem Vormonat ist die Rohstahlgewinnung im Juli um 10,2%, die Roheisengewinnung um 2,8% gesunken. Die Lage in der Eisen- und Stahlwarenindustrie gestaltet sich immer schwieriger. Nach den Berichten der Eisenfertigwarenindustrie geht z. Zt. die Beschäftigung kaum noch über 50% der normalen Betriebsleistung hinaus. Auch der Beschäftigungsstand in der Metallwarenindustrie hat sich im Juli erneut verschlechtert und dürfte durchschnittlich nur noch etwa 50—60% betragen. Für die Waggon- und Lokomotivbauindustrie wird sich eine gewisse Belebung aus den nunmehr erteilten Aufträgen der Reichsbahn ergeben, die aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms finanziert werden und etwa 22 Millionen RM. Gestehungswert ausmachen. — Die Wirtschaftsverhältnisse in Thüringen haben in den letzten Wochen keine Besserung erfahren. Die Porzellanindustrie, die Puppen- und Spielwarenindustrie klagen über gedrückte Preise und mangelnde Auftragseingänge. Ebenso ungünstig lauten die Berichte über die Verhältnisse in der Glasindustrie sowie in der Schieferindustrie.

Erfreulicherweise ergibt der deutsche Außenhandel im Juli wiederum eine aktive Bilanz. Die Ausfuhr ist mit 950 Millionen RM. um 40 Millionen gegenüber dem Vormonat gestiegen; die Einfuhr erreichte im Juli 909 Millionen RM. gegenüber 814 Millionen RM. im Juni. Bei der Einfuhrsteigerung ist jedoch zu berücksichtigen, daß in die Ergebnisse des Berichtsmonats die Zollabrechnungen aus dem Lagerverkehr für das 1. Halbjahr 1930 in Höhe von 126 Millionen RM. einbezogen sind.

In der Woche vom 27.7. bis 2.8. 1930 belief sich die Wagengestellung der Reichsbahn auf 758 300 Güterwagen gegen 751 900 in der Vorwoche und 933 600 in der entsprechenden Woche des Vorjahres. Der arbeitstägliche Durchschnitt betrug 126 400 gegen 125 300 bzw. 155 600.

Die auf den Stichtag des 13. August berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes beträgt 125,0% gegen 125,2% in der Vorwoche. Der Index der Agrarstoffe stieg um 0,6% während der der industriellen Rohstoffe und Halbwaren sich um 0,9% gesenkt hat.

Zeitschriftenschau.

Die Flucht und das Schicksal eines Ketten-Sträflings — Unter diesem Titel erzählt John J. Mc. Phaul in der neuesten Nr. 11 der **„Wahren Detektiv Geschichten"** seine Erlebnisse, die soeben erschienen und zum Preis von 25 Pfennig überall zu haben ist. Der Bericht eines Detektivs „Verfolgung auf verwischten Spuren" von W. Anderson und die Fortsetzung der „Bekenntnisse des Sträflings Frank Gilsby" vervollständigen den Inhalt des reich ausgestatteten Heftes, das u. a. auch eine interessante Bilderserie über das Minnespiel einer angeklagten Mörderin enthält.

Schöner Witz. Zwei Freunde sind nach Amerika ausgewandert. Da gerade verschiedene Kongresse in New York tagten, fanden sie kein Hotelzimmer. Verzweifelt kommen sie spät nachts zu einem Wolkenkratzer-Hotel. Entmutigt fragen sie den Portier, ob er noch ein Zimmer frei hätte. „Da haben Sie Glück, ein Zimmer mit zwei Betten ist noch im fünfzigsten Stock frei, aber der Fahrstuhl geht nicht mehr." „Wie werden wir raufkommen?" fragt der eine den anderen. „Ich werde dir Witze erzählen, dabei wird schon die Zeit vergehen." „Die Witze des einen Freundes reichten aber nur bis zum 40. Stockwerk." „Gut, werde ich dir einige Witze erzählen!" sprach der andere. Und so kamen sie zum 48., 49., 50. Stock. Oben angelangt, sagte der eine der Freunde: „Jetzt werde ich dir einen Witz erzählen, da wirst du wirklich lachen: Ich habe die Schlüssel unten liegen gelassen!"

Aus Heft 34 der „Lustigen Blätter", das soeben im Verlag Dr. Selle-Eysler, Berlin SW. 68, erschienen ist. Das mit Illustrationen von Gestwicki, Fenneker und Holstein reich ausgestattete Heft enthält neben zahlreichen guten Witzen eine Anzahl humorvoller Kurzgeschichten von Mühlen-Schulte, Hanns Rösler und Charlie Roellinghoff. Besorgen Sie es sich noch heute. Es ist zum Preise von RM. 0,50 überall zu haben.

(16. Fortsetzung.)

Und so stiegen Edith, Mac Leod und Mahil bergan, während Traute und de Vries von Frau Mahil auf die Veranda gebeten wurden. Dort nahmen sie in bequemen Liegestühlen Platz.

Die Javanerin trug Kokosnüsse und Mangafrüchte herbei. Der Alte schlug die Nüsse an, und die Gäste tranken die erfrischende Milch mit Wohlbehagen. Dazu rauchte de Vries eine Abdullah und auch Traute bat um eine solche.

Die Ruhe tat wohl. Der Weg war doch reichlich beschwerlich gewesen.

„Unsere verehrte Frau Smitts ist von einer beneidenswerten Spannkraft," nahm de Vries nach längerem Schweigen das Gespräch auf. „Nötig haben dürfte sie die Parforcekuren nicht."

„Touren meinen Sie wohl, Herr Leutnant?"

„Verzeihung — Kuren meine ich, Frau Hauptmann. Das war bis hier herauf doch kein Ausflug mehr, sondern ein Gang durch das Dampfbad. An mir ist kein trockener Faden."

„Sollten gehen wie mir," sagte da der Alte, der neben seiner Tochter auf der Matte hockte, „das ist gesund und bequem und taugt für dieses Land. Das Zu-bis-an-den-Hals ist nicht gut für hier."

„Müßte nicht nett ausnehmen mit nacktem Oberkörper bei meinen langen Stelzen. Wie ein unflügger Kranich! — Sie könnten sich ja das Lachen nicht erhalten."

Der Alte machte ein todernstes Gesicht und sagte ohne Scheu ziemlich respektlos: „Lachen würde ich nicht, aber freuen würde ich mich über einen Vernünftigen unter tausend Toren."

„Schönes Kompliment, das Sie uns machen."

„Ich kann den Auslanders kein Kompliment machen," erwiderte der Alte achselzuckend. „Wir leiden an ihnen und durch sie. Sie sind unsere Herren, nicht unser Glück!"

Eine Antwort konnte de Vries nicht geben. Er wurde gerufen. Mahil erschien an der Veranda und bat ihn auf Veranlassung des Hauptmanns Mac Leod zu Frau Smitts.

Die beiden gingen.

Währenddessen saßen Edith und Mac auf einem Baumstamm und warteten.

„Meine Hochachtung," sagte Mac. „Ihr Betätigungsdrang, Ihr Können und Ihr Einfühlungsvermögen sind fabelhaft."

„So scheint es," wehrte Edith ab. „Wenn ich eitel wäre, müßte ich erröten und dankend quittieren. Erfreulicherweise bin ich es nicht. Ich gehe lediglich in den Spuren meines Mannes."

„Das Inwiefern interessiert mich."

„Nicht ich habe das, was Ihnen zu imponieren scheint, zusammengebracht, sondern mein Mann. Er konnte nur in Zahlen, Gulden, Gummi, Reis, Plantagen und Pflanzungen denken. Wenn ich ihn nicht verlieren wollte, mußte ich ihm folgen, und so wuchs ich zwangsläufig in die Dinge hinein."

„Dann dürfte Ihr Leben an der Seite Ihres Gatten oft der Wärme entbehrt haben."

„Sie irren! Das Gegenteil ist richtig. — Der Tag gehörte der Arbeit, an der er mich, wie ich schon sagte, teilnehmen ließ und die er mich lieben lehrte. Die Abendstunden waren dann Feierstunden. „Des Indes" kannte ich damals nicht."

Mac seufzte. Dann sagte er resigniert: „Wenn meine Frau nur etwas von Ihrem Kraftgefühl, Ihrem Mut und Ihrer Willensstärke hätte! Nur einen Schein! — Nichts hat sie, gar nichts."

„Wenn sie es hätte, wäre sie wahrscheinlich nicht Ihre Frau. Sie hat anderes, verehrter Herr Hauptmann und hat große Vorzüge vor anderen. Das fesselte Sie einst. Heute leben Sie in anderen Verhältnissen und unter anderen Bedingungen. Sie leben im ewig sonnigen und ewig lächelnden Java, in das sich ihre Gattin einfügt, als ob sie hier geboren sei, in das auch Sie sich schon einzufühlen beginnen. Wir aber — mein Mann und ich — ließen uns nicht einfangen vom Lächeln und Liebreiz, wir blieben, was wir waren: ehrlich gehaßte Hollanders. Jetzt, mein lieber Herr Hauptmann, reizt Sie der Gegensatz."

„Jedenfalls macht er einen tiefen Eindruck auf mich." Damit nahm Mac Ediths Hand und küßte sie. „Das wenigstens ist doch gestattet," sagte er und sah sie unter den Brauen hervor an.

Edith aber war kein Mädchen mehr und antwortete schlicht liebenswürdig: „So pflegen Gentlements Hochachtung zu bekunden. Der Handkuß ist diskreter als das Wort."

„Aber auch vielsagender."

„Das ist Auffassungssache, Herr Hauptmann. — — — So, nun lassen Sie mal diese wundervolle Hand frei, Verehrtester. Das ist schon der dritte Kuß, den Sie andachtsvoll aufdrücken. Leutnant de Vries könnte auch Appetit bekommen."

„Leutnant de Vries?"

„Na ja! Den haben Sie wohl ganz vergessen? Dort kommt er."

Der Leutnant trat mit Mahil auf die Lichtung.

Er blieb einen Augenblick stehen, sah sich um und fing an unbändig zu lachen.

„Was hat denn der Schafskopf," sagte Mac und ging ihm entgegen. „Kommen Sie nur wieder zu sich, de Vries. Was ist denn los?"

„Herr Mahil hat mir staunenswerte Dinge erzählt von einem Bergwerk. Und nun sehe ich diese — diese Kinderburgen am Badestrand von Scheveningen. Das ist ja zum Brüllen! — Pardon, gnädige Frau, womit kann ich dienen?"

„Mit einem Urteil.— Herr Hauptmann sagte mir, daß Sie Geologe und Mineralogie seien. Hier ist Zinn gefunden worden und zwar gediegen und als Zinnerz. Die Analysen des letzteren ergaben ein achtundsiebzigprozentiges Resultat. Nun hätte ich gern Ihre Ansicht über Gewinnung und dergleichen gehört."

„Außerordentlich schmeichelhaft für mich. Leider aber vermögen meine bescheidenen Kenntnisse hier nichts. Nur eines vermag ich aus ehrlicher Ueberzeugung zu sagen: das hier" — er machte eine bezeichnende Bewegung — „sieht aus wie ein sehr großer Maulwurfshaufen, in dem spielende Kinder herumgestochert haben oder auch wie ein großstädtischer Schuttabladeplatz. Von methodischem Arbeiten bemerke ich nichts."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300829-13/fragment/page=0002

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 102 — Donnerstag, den 28. August 1930 — 43. Jahrgang

Dietrichs Sparprogramm.

Starke Einschränkungen auch 1931.

Berlin, 26. August.

Das Reichskabinett, das sich in seinen letzten Sitzungen mit den Richtlinien einer Finanzreform, einer Neuregelung des Finanzausgleichs und der Aufstellung des Etats für 1931 befaßt hat, hofft diese Besprechungen noch am Dienstag abschließen zu können.

Der Haushaltsplan für 1931 soll auf Grund der Erfahrungen, die man bisher mit den Steuereingängen und der finanziellen Wirkung der Notverordnungen gemacht hat, mit äußerster Vorsicht aufgestellt werden.

Reichsfinanzminister Dietrich hat bereits in Aussicht gestellt, daß die Ausgaben im kommenden Jahre noch mehr gedrosselt werden sollen.

Die Einnahmen sollen so eingesetzt werden, daß selbst bei einer Fortdauer der schlimmen wirtschaftlichen Konjunktur mit dem Eingang der veranschlagten Summe gerechnet werden darf. Es handelt sich zunächst nur um die Festlegung der Grundsätze, nach denen bei der Aufstellung des nächstjährigen Etats verfahren werden soll. Die Ausarbeitung des Haushaltsplanes soll danach im Reichsfinanzministerium erfolgen.

Auswirkung des Beschaffungsprogramms

Mehrarbeit in den Eisenbahnwerkstätten.

Berlin, 27. August.

Die von der Reichsregierung durch ihr Beschaffungsprogramm erwartete Belebung der Wirtschaft wird sich für die Reichsbahn in einer Steigerung des Verkehrs und damit in einer besseren Ausnutzung ihres technischen Apparates auswirken. Für die Werkstätten wird infolgedessen ein erhöhter Arbeitsanfall eintreten. Dazu kommt, daß aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms Verbesserungsarbeiten (Einbau verstärkter Puffer usw.) an den Fahrzeugen vorgenommen werden sollen, die den Beschäftigungsgrad der Werkstätten erhöhen.

Entlassungen von Arbeitern, wie sie auf Grund des bisherigen Verkehrsrückgangs unvermeidlich erschienen, sollen nun gemäß einer zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn getroffenen Vereinbarung bis auf weiteres unterbleiben. Diese Maßnahme ist dadurch erleichtert worden, daß im Einvernehmen mit den Gewerkschaften die Arbeitszeit in den Werkstätten von 51 auf 48 Stunden wöchentlich verkürzt und wo notwendig, eine bis höchstens zwei Feierschichten im Monat eingelegt worden sind.

Kosten der Rheinlandbesetzung.

Deutschland zahlte 6,312 Milliarden.

Berlin, 26. August.

Insgesamt wurden vom Deutschen Reich an unsere Kriegsgegner 6 312 174 000 Rm. an Besatzungskosten zwangsweise vergütet, und zwar vom 11. November bis 30. April 1921 (30 Monate) 3763 Millionen vom 1. Mai 1921 bis 31. August 1924 (40 Monate) 1705 Millionen im ersten Dawesjahr, d. h. vom 1. September 1924—1925 214 Millionen, im 2. Dawesjahr 1925—1926 170 Millionen, im 3. Dawesjahr 1926—1927 154 Millionen, im 4. Dawesjahr 1927—1928 139 Millionen, im 5. Dawesjahr 1928—1929 137 Millionen und nach Annahme des Youngplanes noch 30 Millionen Rm.

Daraus kann man mit Recht annehmen, daß noch weitere fünf Jahre der Besatzung mindestens 500 Millionen allein Besatzungskosten verursacht hätten, neben den übrigen Schäden, die die deutsche Wirtschaft erlitt und die zahlenmäßig nicht erfaßt werden können. Wir erinnern nur an den Rückgang der Besucherzahl, vor allem in den rheinischen Badeorten. Wie sehr sich die Besatzung wirtschaftlich auswirkte, wird auch dadurch erwiesen, daß sich noch 1928 die Zahl der Arbeitslosen in der Pfalz auf über 19 von 1000 Einwohnern bezifferte, im Rheinland auf über 12, während sie im übrigen Deutschen Reich nur 9 betrug.

Paneuropa und Vertragsrevision.

Genf, 26. August.

Nach französischen Meldungen wird Briand in der ersten Konferenz der europäischen Mächte, die zu Beginn der Völkerbundsversammlung stattfinden soll, eingehend Bericht über die ihm zugegangenen Antworten der 26 europäischen Regierungen erstatten und Vorschläge für den weiteren Gang der Verhandlungen machen. Man nimmt auf französischer Seite an, daß es in diesem Jahr nur zu einem allgemeinen Gedankenaustausch kommen wird.

Es bestehe die Absicht, einen Ausschuß einzusetzen, der der nächsten Vollversammlung des Völkerbundes einen Bericht über die Grundlagen des europäischen Staatenbundes vorlegen solle. Durch diese Methode will man offenbar verhindern, daß die englische Regierung die paneuropäische Frage zum Gegenstand einer großen Aussprache in der bevorstehenden Völkerbundsversammlung macht. Sie dürfte aber doch schon jetzt zur Sprache gelangen.

Die französische Taktik, die Behandlung der Frage hinauszuschieben, dürfte in erster Linie auf die den Wünschen Frankreichs zuwiderlaufenden Vorschläge und Kritiken zurückzuführen sein. Die in letzter Zeit stark in Fluß gekommene Aussprache über die Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge als erste Voraussetzung eines europäischen Staatenbundes will Frankreich von vornherein verhindern.

Stimmen gegen Versailles.

Berlin, 27. August.

Der bekannte amerikanische Zeitungsverleger William Randolph Hearst, der augenblicklich in Bad Nauheim zur Kur weilt, veröffentlicht in einem süddeutschen Blatt einen Artikel, in dem er seine Ansichten über die politischen Verhältnisse in Europa darlegt. U. a. erklärt er darin folgendes:

Um es Amerika begreiflich zu machen, was es heiße, daß Deutschland im Westen einen Teil seines Gebietes an Belgien und einen anderen an Frankreich und im Osten einen Teil an Litauen abgetreten habe sowie daß ein Stück Land aus Deutschland herausgeschnitten und an Polen gegeben worden sei, müsse man dem amerikanischen Volk erklären, daß dieser Zustand ungefähr dasselbe wäre, als ob Amerika Arizona und Kalifornien an Mexiko, den Staat Washington an British-Kolumbien und Florida an Spanien zurückgegeben hätte, und ein Stück Land von den großen Seen durch den Staat Neuyork nach dem Meer herausgeschnitten und dieser Ausschnitt, der New-England von den übrigen Vereinigten Staaten trennen würde, an Kanada gegeben worden sei.

Wenn der Krieg anders ausgegangen wäre und eine solche Aufteilung Amerikas dem Krieg gefolgt wäre, könne das amerikanische Volk klar verstehen, daß man nicht sehr glücklich darüber und nicht gewillt wäre, eine solche Gewalttätigkeit lange zu ertragen, und daß Amerika eines Tages Mittel gefunden hätte, diese Ungerechtigkeit entweder durch friedliche Maßnahmen oder durch Krieg zu beseitigen. So könnte das amerikanische Volk es verstehen, wie ungesund, wie ungerecht und wie unfriedlich die augenblickliche Einrichtung Europas sei. Es würde verstehen, was es für eine aussichtslose Sache sei, was die siegreichen Nationen in Versailles vollbracht hätten und welcher Verrat es an seiner eigenen Politik gewesen sei, dem Präsident Wilson zugestimmt habe.

Korridorfrage muß geregelt werden.

Französische Stimmen.

Paris, 27. August.

Obgleich sich die französische Presse weiter gegen die Erklärungen wendet, die in den letzten Tagen von deutschen Ministern bezüglich der deutschen Außenpolitik abgegeben worden sind, kommt in ihren Aeußerungen, soweit sie die Linkspresse betreffen, doch die Auffassung zum Vorschein, daß die deutschen Forderungen nicht so ungerechtfertigt erscheinen, wie man dies dem französischen Volk und der ganzen Welt gern glauben machen möchte.

Das „Oeuvre"

betont, daß weder der Reichskanzler noch der Außenminister es für nötig gehalten hätten, gegen die Ausführungen von Treviranus Stellung zu nehmen, der zusammen mit Wirth und Scholz den Geist von Locarno verleugnet habe. Das Blatt stellt in diesem Zusammenhang die kühne Behauptung auf, daß Deutschland die Entmilitarisierung der Rheinlandzone in Locarno freiwillig zugestanden habe.

Die „Volonté"

wendet sich zwar gegen jede gewaltsame Aenderung der Grenzen, die außerdem gar nicht in der Absicht Deutschlands liege, erkennt aber an, daß es eine Lüge der Kriegsschuldfrage gibt, von der man nur nicht sprechen dürfe, ohne Verwirrung zu schaffen, weil sie im Versailler Vertrag niedergelegt worden sei.

Merkwürdige Friedenspolitik.

Kattowitz, 27. August.

In der Sitzung des Kattowitzer Stadtparlaments kam es zu einer politischen Demonstration, die von Korfanty hervorgerufen wurde. Unter Umgehung der Geschäftsordnung wurde zum Schluß der Sitzung von Korfanty eine Entschließung eingebracht, in der mit Bedauern festgestellt wird, daß in Deutschland maßgebende Persönlichkeiten auf verantwortlichen Posten eine Vergeltungspolitik treiben, die die Grundsätze des Rechtes erschüttern. Die deutsche Propaganda für die Loslösung polnischer Gebiete sei eine Sünde an dem Frieden Europas und der Welt. Nach Verlesung dieser Entschließung erklärte der Vertreter der deutschen Fraktion, daß die Behandlung derartiger Fragen nicht zu den Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung gehöre und daß die deutsche Fraktion, falls die Entschließung zur Abstimmung gelangen sollte, sich gezwungen sehen würde, den Saal zu verlassen.

Nachdem die polnischen Parteien trotzdem auf Abstimmung bestanden, verließen die Deutschen den Saal und führten dadurch die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbei. Die polnischen Parteien nahmen dann die Entschließung mit Stimmenminderheit an.

Die heutige polnische Presse bezeichnet das Verhalten der deutschen Stadtverordneten als skandalös, umso mehr, als Korfanty eigentlich im Interesse des Friedens gesprochen hätte. Der Schritt Korfantys ist wohl darauf zurückzuführen, daß er, nachdem ihm schon wiederholt Mangel an Patriotismus vorgeworfen wurde, dadurch sein ausgeprägtes nationales Bewußtsein zum Ausdruck bringen wollte.

Die Tagesordnung für Genf.

15 Außenminister haben bereits zugesagt.

Paris, 27. August.

Die Tagesordnung für die kommende Tagung des Völkerbundsrates steht jetzt fest. Der Völkerbundsrat wird seine erste Sitzung am 8. September morgens abhalten.

Am Nachmittag wird die Europa-Konferenz erstmalig zusammentreten, um den Bericht Briands über den Paneuropaplan entgegenzunehmen und darüber zu beraten.

Am 9. September findet vormittags die zweite Sitzung des Rates und nachmittags die zweite Sitzung der Europakonferenz statt, wenn die zu behandelnden Fragen in der ersten Sitzung nicht erledigt werden konnten. Am 10. September wird dann die Völkerbundssitzung eröffnet. Bisher haben sich 15 Staaten mit der Tagesordnung einverstanden erklärt und die französische Regierung wissen lassen, daß sie ihre Außenminister nach Genf entsenden werden.

Frankreichs Recht auf das Saargebiet?

Paris, 26. August.

Die „Volonté" tritt den Behauptungen der französischen Rechtspresse über das sogenannte „Recht Frankreichs auf das Saargebiet" entgegen. Dieses Recht, so betont das Blatt, beschränke sich auf die Möglichkeit, die Staatsgruben vor 1935 so günstig wie möglich an Deutschland zu verkaufen. An keiner anderen Stelle sei der Versailler Vertrag so klar, wie gerade bei der Behandlung der Saarfrage. Der Völkerbund habe wohl das Recht, über die Zugehörigkeit des Saargebiets zu bestimmen, aber nur unter ausdrücklicher Berücksichtigung des Volkswillens der Saarländer.

Frankreich könne unternehmen, was es wolle, es werde deshalb nicht verhindern, daß sich die Saarbevölkerung in ihrer erdrückenden Mehrheit für das Mutterland Deutschlands aussprechen werde. Zu behaupten, daß die Saarbevölkerung dem Reiche feindlich gegenüberstehe, hieße, sich auf unangenehme Enttäuschungen vorzubereiten.

Da die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfallen werde, bleibe Frankreich nach dem Wortlaut des Versailler Vertrages nichts weiter übrig, als die ihm zugesprochenen Gruben an Deutschland zu verkaufen. Frankreich habe hierbei aber nicht einmal das Recht, den Preis zu verlangen, der ihm passe, denn Artikel 36 des Vertrages besage ausdrücklich, daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und Frankreich über den Preis der französischen Kohlengruben der Völkerbund ein Schiedsgericht mit der Festsetzung des Preises beauftragen könne. Die einzige Möglichkeit, die Frankreich noch habe, ungebunden über die Zurückgabe der Kohlengruben zu verhandeln, bestehe darin, diese Verhandlungen noch vor dem Ablauf der Mandatszeit, d. h. vor 1935 durchzuführen.

Flottendemonstration gegen Rußland.

…kreich.

…ist, 26. August.

…und zwei Torpe-
…flotte im rumä-
…diesem englischen
…dung der Buka-
…ch allerlei Kom-
…ß dieser Flotten-
…tung ist. Nörd-
…, bestehend aus
…schen Fachmann
…die rumänischen
…allen Einzelhei-
…den Bau eines
…t soll durch eine
…nanziert werden.
…daß England in
…Schwarzen Meer
…Russen erhebliche
…er gelegt haben.
…sekt interessiert.
…es Kriegshafens
…t das auch nicht
…he Oeffentlichkeit
…in Konstanza zu-

…ßnahmen.

…stillstand.

…n, 27. August.

…mit den Räten um die Genehmigung des am 24. März 1930 in Genf abgeschlossenen Abkommens über den Zollwaffenstillstand nachgesucht. Dieses Abkommen ist für die Dauer eines Jahres abgeschlossen worden und wird automatisch von sechs zu sechs Monaten verlängert. Es geht erstmals am 1. April 1931 zu Ende. Erst in einer Konferenz, die Anfang November dieses Jahres stattfinden wird, kann darüber Klarheit geschaffen werden, ob die Vereinbarung wirklich in Kraft gesetzt werden kann, d. h. ob genügend Staaten ihr beitreten werden. Für die spätere Haltung der Schweiz wird maßgebend sein, daß mindestens auch alle vier Nachbarstaaten dem Abkommen beitreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300829-13/fragment/page=0003